

»Kriminalistik – Stand und Perspektiven«

Robert Weihmann

Leserbrief, veröffentlicht in: *Kriminalistik* 2003, Seite 286

Sehr geehrter Herr Timm (Chefredakteur der *Kriminalistik*),

zu Ihrem Editorial in *Kriminalistik* 2003, Seite 138, zum Stand der Kriminalistik kann ich Ihnen, mit Ausnahme des Hinweises auf „definitische Fragen“ aus voller Überzeugung zustimmen, denn auch ich halte eine klare, eindeutige und inhaltlich richtige Sprache für wichtig. Sie weisen zu Recht auf den hohen Standard der Kriminalistik hin, der sich international sehen lassen kann. In der Polizei haben sich viele Frauen und Männer um die Kriminalistik verdient gemacht. Diese fähigen Köpfe sind aber richtigerweise zur Loyalität gegenüber ihren Vorgesetzten aus Verwaltung und Politik verpflichtet und somit nicht frei in ihrem Forschen, Handeln, Denken und in ihren Äußerungen. Das gilt ebenso für Angehörige polizeieigener wissenschaftlicher Institute.

Aus meiner Sicht berücksichtigen Sie deshalb nur eine Seite der *Kriminalistik*. Um einen einfachen Vergleich zu wählen: auch in Krankenhäusern wird hervorragende medizinische Arbeit geleistet, gleichwohl käme niemand auf die Idee, die Medizin an den Universitäten „mangels Bedarfs“ abzuschaffen. Auch fühlen sich die Ärzte durch die Wissenschaft nicht fremdbestimmt. Im Gegenteil, nur die Wissenschaft kann verwaltungs- und politikfrei forschen und lehren, Probleme global betrachten und so zu wirklich umfassenden Erkenntnissen kommen.

Nichts anderes sollte für die *Kriminalistik* auch möglich sein.

Welche Probleme durch eine verwaltungsinterne *Kriminalistik* entstehen können, will ich kurz an wenigen Beispielen aufzeigen. Diese machen auch deutlich, dass die Kriminologie hier nicht ersatzweise einspringen kann.

- Die Diskussion über die Organisierte Kriminalität in den 1980er Jahren war in der Polizei tabu. Erst das Buch des Journalisten *Dagobert Lindlau*, *Der Mob: Recherchen zum organisierten Verbrechen*, Hamburg 1987, mobilisierte die Kriminalisten. Eine Fakultät *Kriminalistik* hätte das Problem früher erkannt und öffentlich gemacht.
- Das daktyloskopische Recherchesystem AFIS (FINDER) wurde in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von den Amerikanern praktiziert und vom schweizerischen Zentralpolizeibüro Bern zur Einführung empfohlen. Das in Deutschland richtungsweisende BKA hingegen hielt es für nicht praktikabel, BKA-Schriftenreihe, Band 51, Seite 117, Wiesbaden 1982,

und setzte weiterhin auf das Bund-Länder-System. Erst zehn Jahre später erkannte man die geniale Lösung mit Hilfe der Winkelfunktionen und führte AFIS ein. Inzwischen waren die Anschaffungskosten um ein Vielfaches gestiegen. Auch hier wäre die Wissenschaft besser in der Lage gewesen, die Vorzüge eines solchen Systems zu erkennen.

- Die hervorragende Entwicklung der Kriminaltechnik und die verbesserten Möglichkeiten zur Identifizierung von Tatverdächtigen werden von vielen in ihrer Bedeutung für das Strafverfahren überbewertet. Die Ergebnisse der Kriminaltechnik sind selten ein Beweis für die Begehung der eigentlichen Straftat, sondern vielmehr ein -allerdings sehr wichtiger- Fahndungshinweis. Nicht ohne Grund haben deshalb das Bundesverfassungsgericht (NJW 1975, 104) und der Bundesgerichtshof (BGHSt 32, 127) festgestellt, dass die Bewertung des Straftatbestandes im Wesentlichen auf dem Personalbeweis beruht. Die Warnung des in vielen alten kriminalistischen Lehrbüchern genannten Beispiels von der am Boden liegenden Leiche mit Stich im Herzen, dem daneben knienden Mann, an dessen Hose das Blut der Leiche haftet und dessen Fingerabdrücke am Messergriff sind, hat auch heute noch Berechtigung. Die Spuren sagen nichts darüber aus, ob der Kniende Täter oder Helfender ist. Selbst wenn er Täter wäre, könnten die Spuren keinen Hinweis auf Schuld und Rechtswidrigkeit geben. Hier zeigt sich, wie wichtig die fächerübergreifende Betrachtung eines Problems ist.
- Die statistische Erfassung einer Straftat durch den Sachbearbeiter ist in ihrer Bedeutung von einer kriminalistischen Marginalie zu einer wichtigen kriminalpolitischen Angelegenheit und zum zweifelhaften Erfolgsnachweis für die Kriminalitätsbekämpfung geworden. In NRW ist zum Anfang dieses Jahres dazu eine neue Richtlinie erlassen worden, die 163 Seiten umfasst! Man ist überrascht, was alles geregelt werden kann - oder muss? Völlig unzureichend ist darin jedoch die Definition für „Aufgeklärter Fall“, so dass für den Sachbearbeiter ein breiter Spielraum bleibt und angenommen werden darf, dass „im Zweifel“ die Tat als aufgeklärt gilt. Für die Psychologie ist es unstrittig, dass die Selbstbewertung der Ermittlungsarbeit sehr oft fehlerhaft ist. Gleichwohl wird an der Aufklärungsquote von rund 50 % festgehalten. Selbst der Hinweis, die Justiz in NRW stelle bei erwachsenen Personen, die polizeilich als Straftäter ermittelt werden, 60% der Fälle (überwiegend nach § 170 II StPO) ein, wird mit der Erklärung abgetan, die Polizeiliche Kriminalstatistik und die Verurteiltenstatistik seien nicht vergleichbar, weil die statistische Erfassung nicht im selben Kalenderjahr erfolge. Dieser Hinweis ist richtig, jedoch kann der Vergleich der Zahlen der letzten zehn Jahre -oder mehr- als Zeitblock diesen Mangel ausgleichen. Auch dann bestätigt er die gravierende Diskrepanz. Im Rechtsstaat müssen diese Zahlen zwar differieren, aber in der Größe? Hier muss die Kriminalistik die Probleme in der Polizei und in der Justiz analysieren. Warum kann z.B. vom Sachbearbeiter nicht verlangt werden, die Kriterien für den „hinreichenden Verdacht“ für Tat und

Täterschaft mit den Beweisen aus der Akte zu belegen, wie es im § 203 StPO für die Eröffnung des Hauptverfahrens gefordert wird?

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass kriminalistische Probleme von Praktikern und Experten anders gesehen werden, als von Wissenschaftlern. Letztere können in der Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre verwaltungs- und politikunabhängig Denken und sich uneingeschränkt öffentlich äußern.

Es sind jedoch beide Denkweisen in der Kriminalistik erforderlich. Das gilt für Vorbeugung und Aufklärung, für Strategie und Taktik - vom Verkehrsunfall bis zum Mord.

Ferner darf sich die Kriminalistik nicht nur mit einzelnen Institutionen beschäftigen. Sie umfasst die gesamtstaatliche Aufgabe, die die Gesellschaft vor Verbrechen und Verbrechern zu schützen hat und muss sich demzufolge mit der Bevölkerung und all seinen Einrichtungen und Behörden beschäftigen. Wo sollte das besser angesiedelt sein, als an Universitäten? Eine Unterstützung dieser Bemühungen durch Praktiker wäre aller Ehren wert.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie diesen Brief in der Kriminalistik veröffentlichen.

Mit kollegialen Grüßen verbleibe ich

Ihr Robert Weihmann